Rechte Angriffe & Morddrohungen gegen Christina Brüning in Räumen der Universität Marburg
Solidaritätsbrief
Fempi & SoliRex[1]

Prof.'in Dr. Christina Brüning forscht und lehrt mit ihrem Team am Fachbereich Didaktik der Geschichte der Philipps-Universität Marburg zu wichtigen Themen der historisch-politischen (Lehrkräfte-)Bildung mit einem Fokus etwa auf Demokratiebildung, Rechtsextremismus, Shoa Education, Erinnerungskultur(en), Antisemitismus und Gender Studies. Aufgrund dieses inhaltlichen Profils, des (hochschulpolitischen) Engagements gegen die extreme Rechte und der Diversität des Teams erleben Christina Brüning und ihre Mitarbeiter*innen an ihrer Universität seit längerer Zeit Anfeindungen und Bedrohungen von Studierenden aus oder mit Verbindungen zu extrem rechten Burschenschaften und der "Jungen Alternative".

Seit Beginn ihrer Tätigkeit an der Universität Marburg kam es zu Störungen von Lehrveranstaltungen, zu antifeministischen und anderen rechten Botschaften in Lehrveranstaltungsevaluationen und zur Infragestellung ihrer Objektivität. Insbesondere seit ihrer Beteiligung an einer wissenschaftlichen Gegenveranstaltung im Marburger Rathaus gegen den "Studentenhistorikerkongress" verschiedener Studentenverbindungen und Burschenschaften auch aus dem Dachverband der Deutschen Burschenschaft im Oktober 2025 intensivierten sich die Angriffe sowohl quantitativ als auch qualitativ. Es wurden queere und trans Studierende eingeschüchtert, Mitarbeiter*innen wurden zunehmend mit (körperlichen) Drohgebärden und Diffamierungen bedacht und waren erheblichen psychischen Belastungen ausgesetzt. Rechte, antisemitische und rassistische Sticker an den Arbeitsräumen von Christina Brüning und ihrem Team machten die Bedrohungslage stetig sichtbar und spürbar. Seit Anfang Dezember 2025 liegen nun konkrete, personalisierte Morddrohungen gegen Christina Brüning in Form von Schriftzügen im (halb-)öffentlichen Raum in unmittelbarer Nähe zu den Büroräumen des Teams vor. Da die Drohungen von der Kenntnis der Räumlichkeiten geprägt sind, etwa durch Schmierereien am Tag einer Veranstaltung direkt neben einem Seminarraum, liegt es nahe, dass die Täter*innen Hochschulangehörige und/oder aus dem näheren universitären Umfeld sein könnten.

Christina Brüning und ihr Team haben verschiedene Stellen über die Anfeindungen und Bedrohungen informiert und um Unterstützung gebeten. Noch vor den konkreten Morddrohungen war der Fachbereich Geschichte und seit den Morddrohungen das Präsidium der Universität informiert, außerdem die Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstrukturen, die Beauftragten für die Bekämpfung von Antisemitismus und SciComm, wobei besonders letztere wichtige Unterstützung leisten. Darüber hinaus wurden Anzeigen erstattet und der Staatsschutz ermittelte kurzzeitig. In Konsequenz hat die Universität geheime Räumlichkeiten für Christina Brüning und Mitarbeitende zur Verfügung gestellt. Allerdings ist unter diesen Bedingungen die Durchführung von Sprechstunden und Lehrveranstaltungen großenteils nur online möglich.
Über die Jahre hinweg entstanden immer wieder bedrohliche Situationen, wie die Teilnahme eines Mitglieds der „Jungen Alternative“ an einer mehrtägigen Exkursion mit Übernachtung. Ein anderes Beispiel ist die Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung mit hohem

[1] Netzwerk feministische Perspektiven & Interventionen gegen die (extreme) Rechte https://fempinetzwerk.wordpress.com/wer-wir-sind/;
Solidaritätsnetzwerk gegen Rechts an der FAU https://www.phil.fau.de/fakultaet/organisation-organe/solidaritaetsnetzwerk-gegen-rechts-solirex/

Potenzial für rechte Störungen oder gar Angriffe, für die der Sicherheitsdienst seitens der Universität nicht rechtzeitig gebucht worden war. Während also Christina Brüning und ihr Team regelmäßig die Erfahrung machen mussten, in einer akuten Bedrohungslage nicht geschützt zu werden, stellte sich die Universität im Mai 2026 öffentlich schützend vor einen Doktoranden und wissenschaftlichen Mitarbeiter, als Marburger Antifaschist*innen dessen Zugehörigkeit als "alter Herr" (also früheres Mitglied und jetzt noch im Netzwerk und Unterstützungskreis) einer rechtsextremen Burschenschaft öffentlich machten.[2] Derselbe Universitätsangestellte, dessen enge Verbindungen in extrem rechte Netzwerke daher öffentlich sind, war noch im Januar, also nach der Bekanntmachung der Morddrohungen gegen Christina Brüning, in die Studienkommission im Fachbereich Geschichte gewählt worden. Erst nach erneuter Intervention seitens kritischer Hochschulangehöriger wurde darauf hingewirkt, dass der Mitarbeiter aus der Studienkommission zurücktrat.

Einordnung

Auch wenn der Fachbereich, an dem der Lehrstuhl von Christina Brüning angesiedelt ist, sich in seinem Leitbild gegen Rechtsextremismus positioniert, lässt es die Universität Marburg im konkreten Fall bisher vermissen, sich eindeutig und konsequent gegen extrem rechte Einflussnahmen, Bedrohungen und Gewalt an der Universität und gegen Universitätsangehörige zu positionieren. Einzelne Verantwortliche aus der Universitätsleitung formulieren zwar ihre Betroffenheit und versprechen Schutz und Aufklärungsbemühen. Jedoch fehlt eine eindeutige politische Einordnung des Falles ebenso, wie eine selbstkritische Anerkennung, dass im Umgang mit Bedrohungen und Gewalt in den letzten Jahren nicht konsequent gehandelt wurde.

Die von der Universitätsleitung ergriffene Maßnahme, Christina Brüning und ihrem Team geheime Räume zuzuweisen ist richtig und wichtig, um die Betroffenen zu schützen. Ebenfalls macht diese Reaktion deutlich, dass die Universität die Drohungen offensichtlich ernst nimmt. Daher ist es beinahe schon zynisch, dass sie die extrem rechten Hintergründe der Bedrohung nicht frühzeitig und konsequent öffentlich benennt und verurteilt.

Hochschulen sind stets öffentliche Räume des politischen Diskurses, die seit jeher auch von Menschen mit extrem rechtem Gedankengut genutzt werden. Mehr noch, sie sind für die extreme Rechte zunehmend strategische Räume der Einflussnahme. Daher sind es auch Räume, in denen die demokratisch verfasste Gesellschaft angegriffen und eben auch verteidigt werden kann. In ihrer Funktion als Orte der Wissens- und Diskursproduktion sind sie neuralgische Punkte, die extrem rechten Kräften durch Bagatellisierung, Normalisierung und Übernahme extrem rechter und menschenverachtender Einstellungen nicht nur Aufwind, sondern auch Selbstsicherheit und Akzeptanz verschaffen. Dies geschieht tagtäglich in einschlägigen Vortragsveranstaltungen, in Seminar- und Vorlesungsdiskussionen und in persönlichen Pausengesprächen. Dabei werden nicht nur die Grenzen des Sagbaren verschoben, sondern auch Feindbilder gezielt projiziert. Alltäglich werden diversitäts- und diskriminierungssensible Menschen an Hochschulen als Vertreter*innen der sogenannten "Cancel Culture" pauschal diffamiert. Die Akteur*innen sind dabei nicht selten Kommiliton*innen, Studierende oder Lehrende, die sich beispielsweise als Opfer eines "Regenbogen-Mainstreams" sehen, gegen den diese einen "gerechten", reaktionären Kampf führen. In diesem Kampf werden auch Bedrohungen und Einschüchterungen als Mittel der Wahl legitimiert, die den gesellschaftlichen Dominanzmustern folgen: (Weiße) Männer treten gegenüber Frauen, queeren oder rassifizierten Menschen betont körperlich stark auf. Daher wundert es nicht, dass Christina Brüning und ihr

[2] https://www.uni-marburg.de/de/aktuelles/news/2026/outing-und-gewaltaufrufe-haben-keinen-platz-an-der-universitaet

Team angegangen werden - als Professorin, die in ihrer Forschung, ihrer Lehre und ihrem Engagement eben solche diversitätssensiblen sowie kritisch-historischen und somit als polarisierend gerahmte Positionen vertritt. Durch fehlende klare Benennung und Verurteilung des extrem rechten Hintergrunds der Drohungen seitens der Universität wird die Gewaltbetroffenheit individualisiert und das Narrativ eines Einzelfalls gestärkt. Dazu kommt, dass hier eine unbequeme Frau für Unruhe sorgt – eine klassisch sexistische und antifeministische Figur. Das macht es wiederum leicht, sich hier nicht mit der Angegriffenen zu solidarisieren. Durch das Beschweigen und die Entsolidarisierung wird verschleiert, dass es sich bei der Gewalt nicht ausschließlich um Angriffe gegen einzelne Menschen handelt, sondern dass Christina Brüning und ihr Team stellvertretend als personifiziertes Feindbild egalitärer und progressiver Gesellschaftsvorstellungen angegriffen werden.

Schutzkonzepte statt Feuerwehrmaßnahmen

Systematische Schutzkonzepte und präventive Maßnahmen sind in der zunehmenden Bedrohungslage dringend notwendig. Reaktiv ergriffene Maßnahmen wie beispielsweise das oben erwähnte Leitbild und die verlinkte "Roadmap zur Stärkung des Fachbereichs 06 gegen Diskriminierung und rechtes Gedankengut"[3] sind wichtige Schritte dafür. Jedoch verlieren sie ihre Wirkung und werden letztlich unterlaufen, wenn frühe Anzeichen, beispielsweise extrem rechte Störungen von Lehrveranstaltungen und Seminaren, nicht ernst genommen werden. Daher sind neben einer inhaltlichen Sensibilität auf der Ebene von Universitätsleitung und -verwaltung permanent installierte, aufeinander abgestimmte und konsequent umgesetzte Konzepte notwendig. Hierbei sollte auf entsprechende Expertise von zivilgesellschaftlichen Vereinen, wie auch fachspezifischen Institutionen zurückgegriffen werden. Auch wissenschaftliche, interdisziplinäre Tagungen zum Themenfeld rechtsextremer Einflussnahme und Diskursverschiebung an den Universitäten sind notwendige Bausteine, die finanziell gefördert und hervorgehoben werden müssen.
Theoretische Wissensproduktion, Austausch und umfassend entwickelte Konzepte sind nicht viel wert, wenn diese nicht in konkretes Handeln übersetzt werden. Das umfasst die kollektive Verantwortung aller Hochschulangehörigen im Universitätsalltag: Aufmerksamkeit und Sensibilität zeigen, sei es durch das Lesen von Plakatierungen, Aufklebern oder eben bei Gesprächen in Seminaren, Vorlesungen, Mensen, Cafeterien etc. Es ist nicht zielführend, darauf zu hoffen und zu vertrauen, dass Verwaltungsstrukturen und Büros der Dekanate der jeweiligen Fakultäten als "Big Brother" walten, und man selbst sich zurücklehnen kann. Die Schaffung von entsprechenden solidarischen Anlaufstellen und Netzwerken ist nicht nur hilfreich für die Dokumentation rechter Vorfälle und unabhängiger Unterstützungsstrukturen, sondern ist eine sichtbare Positionierung gegen zunehmende Bedrohung durch rechte Akteur*innen an den Universitäten.

Im hierarchischen Universitätssystem liegt dennoch viel Macht und Verantwortung bei der höchsten Leitungsebene. **In diesem Kontext ist das Beharren auf eine vermeintliche Neutralität, auf die sich universitätsseitig häufig berufen wird, gefährlich. Gegenüber extrem rechten Einschüchterungsversuchen kann es keine Neutralität geben. Diese muss sich in Fällen extrem rechter Gewalt und Bedrohung konsequent hinter die Betroffenen stellen.** Das kann ganz konkret bedeuten auch Arbeitsbelastungen zu reduzieren und Unterstützungsangebote wie beispielsweise frühzeitig psychologische Beratung und Supervision zu etablieren.

[3] https://www.uni-marburg.de/de/fb06/fachbereich/gleichstellung-und-diversitaet/road-map

Sich hinter die Betroffenen zu stellen, bedeutet auch, die politischen Dimensionen der Taten öffentlich zu markieren und einzuordnen. Bleibt dies aus, werden die Angegriffenen und Bedrohten durch die Individualisierung isoliert und die Täter*innen in ihrem Handeln, wenn auch indirekt und ungewollt, bestärkt.